

Der „CO2-Schattenpreis“ droht den Staat lahmzulegen

Welt, 26.08.2021, Daniel Wetzel

Von Daniel Wetzel

Der Ausstoß einer Tonne CO₂ kostet derzeit 55 Euro – das allein belastet Teile der Wirtschaft. Umweltschützer und Grüne fordern nun einen Preis, den die öffentliche Hand einkalkulieren soll: 195 Euro. Und eine staatliche Behörde empfiehlt sogar 680 Euro.

Die Energiewende war bislang ein Dickicht aus Ökostrom-Abgaben, Quoten, Regeln, Subventionen. Der Bundesrechnungshof hatte die Bundesregierung mehrfach gerügt, die Übersicht über all ihre Maßnahmen und Kosten verloren zu haben. Einige Umweltökonomten wussten Abhilfe: ein einziger Preis auf CO₂-Emissionen, mehr brauche es nicht.

Der knappe Deponieplatz für Treibhausgas in der Atmosphäre sollte in Form von frei handelbaren CO₂-Berechtigungen an den Meistbietenden versteigert werden. Die unsichtbare Hand des Marktes sollte walten, wo staatlicher Dirigismus überfordert war.

Der Europäische Emissionshandel, der nach diesem System funktioniert, verringerte die Emissionen der Kraftwerksbetreiber deutlich: Die Stromwirtschaft war der einzige Sektor, der die für 2020 aufgestellten Klimaziele nicht nur erreichte, sondern sogar übererfüllte. Ein gutes Modell also, um es auf die ganze Wirtschaft auszuweiten?

Eher nicht: Die Hoffnung auf die CO₂-Bepreisung als ein klares, effizientes Instrument im Klimaschutz verflüchtigt sich wieder. Denn: Inzwischen gibt es in Deutschland nicht einen CO₂-Preis, sondern gleich zwei.

Die Versteigerung von EU-Emissionsrechten brachte dem Bundeshaushalt im vergangenen Jahr Auktionserlöse von 2,6 Milliarden Euro ein. Daneben existiert die rein deutsche Klimaabgabe auf Benzin, Heizöl und Gas, die in diesem Jahr 7,4 Milliarden in die Kassen des Bundes spülen wird.

Jetzt plant die EU-Kommission auch noch eine eigene, europaweite CO₂-Bepreisung für fossile Kraftstoffe. Irgendwann nach 2025, so zumindest die erklärte Absicht, sollen all die verschiedenen Preissätze zu einem einzigen verschmolzen werden.

Unterdessen preschen Klimaschützer und die Grünen mit der Forderung nach einem weiteren CO₂-Preis vor. Sie nennen ihn den „CO₂-Schattenpreis“. Der soll die Verbraucher nicht unmittelbar belasten, aber die Investitionen der öffentlichen Hand lenken.

Der Staat solle bei der Bestimmung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses von „jeglichen Plänen, Gesetzen, öffentlichen Investitionen und Beschaffungen“ diesen Schattenpreis einrechnen müssen, fordert die politisch einflussreiche Denkfabrik Agora Energiewende. Das soll sicherstellen, dass der Staat nichts baut oder kauft, das nicht mit dem Ziel der Klimaneutralität kompatibel ist.

Allerdings hat es dieser CO₂-Schattenpreis in sich. Derzeit kostet der Ausstoß einer Tonne CO₂ im europäischen Emissionshandel 55 Euro – was Teile der Wirtschaft schon erheblich belastet. Der Schattenpreis sieht vor, dass der Staat 195 Euro pro Tonne CO₂ einpreist.

Auch wenn dieser Preis nicht real gezahlt wird, sondern nur kalkulatorisch in die Wirtschaftlichkeitsrechnung staatlicher Investitionen einfließen soll: Die Frage ist, welche Ausgaben die öffentliche Hand bei so einem Kostensatz überhaupt noch tätigen und rechtfertigen kann. Volkswirtschaftlich ist das eine wichtige Frage, denn Staatsausgaben machen etwa die Hälfte des deutschen Bruttosozialprodukts aus.

Obwohl die Folgen offen sind, haben die Grünen die Agora-Forderung direkt in ihr Wahlprogramm aufgenommen. „Bei der Ausschreibung und Förderung von öffentlichen Vorhaben wollen wir bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung einen CO₂-Schattenpreis zugrunde legen“, heißt es dort. „So geht die Politik mit gutem Beispiel voran.“

Geringere Gesamtschäden

Die Höhe des Schattenpreises ist allerdings umstritten. Die Denkfabrik Agora leitet ihren Vorschlag aus einer Studie des Umweltbundesamtes ab. Die Unterbehörde des Bundesumweltministeriums hatte alle gesellschaftlichen Schäden errechnet, die durch den Ausstoß einer Tonne CO₂ entstehen. So kam sie auf den Wert von 195 Euro je Tonne. Andere Institute, etwa das Potsdamer Mercator-Institut MCC, kommen auf geringere Gesamtschäden des Kohlendioxids, nämlich nur auf 76 bis 148 Euro.

Die Autoren des Umweltbundesamtes schreiben in ihrer „Methodenkonvention“, dass ihr Ergebnis von zahlreichen „Werturteilen“ abhängt. Ablesbar ist das wohl unter anderem an der Empfehlung, für die CO₂-freie Atomkraft „die Emissionsfaktoren der Technologie mit den höchsten Umweltkosten, in diesem Fall also Braunkohle, zu verwenden“.

Nach der Bundestagswahl könnten die 195 Euro zum neuen Richtwert klimapolitischer Maßnahmen werden, wenn die Grünen in die Regierung kommen. Das geht vielleicht auch gemeinsam mit CDU/CSU: Unionsvize Andreas Jung (CDU) hatte schon einen ganz realen CO₂-Preis von 180 Euro bis 2030 gefordert. Das würde, unter anderem, den Benzinpreis um 50 Cent pro Liter erhöhen.

Doch womöglich müssen sich selbst die Befürworter dieser hohen Sätze den Vorwurf gefallen lassen, zu niedrig zu kalkulieren. Denn das Bundesverfassungsgericht hatte im März geurteilt, dass die deutsche Klimapolitik auch zum Wohle zukünftiger Generationen handeln muss.

Wenn man aber die Schäden künftiger Generationen berücksichtigt, kommt das Umweltbundesamt auf noch höhere Werte. „Bei einer Gleichgewichtung der Wohlfahrt heutiger und zukünftiger Generationen“, heißt es, „empfehlen wir die Verwendung eines Kostensatzes von 680 Euro pro Tonne CO₂.“

Ein Wert fern jeder Vorstellungskraft. Müsste der Staat bei jeder Beschaffung und Investition einen CO₂-Preis von 680 Euro ansetzen, würde er wohl schlagartig seine öffentlichen Ausgaben stoppen. Das ahnt auch Agora. Auf die Frage, ob man nach dem Karlsruher Beschluss den CO₂-Schattenpreis nicht gleich mit 680 Euro ansetzen müsse, sagt Institutsleiter Patrick Graichen: „Wir sind ein Thinktank, der Vorschläge von praktischer Politikrelevanz vorbringt.“

Die Studie des Umweltbundesamtes eröffne auch die Möglichkeit, mit anderen „Zeitpräferenzraten“ zu rechnen. Auch habe das Bundesverfassungsgericht nicht gefordert, die Rechte künftiger Generationen gleich hoch zu bewerten, ihre Belastung müsse lediglich „verhältnismäßig“ bleiben, argumentiert Graichen. „Agora Energiewende bleibt bei ihrer Forderung nach einem CO₂-Schattenpreis von 195 Euro je Tonne.“

Die Industrie will zu der Forderung nicht öffentlich Stellung nehmen. Ein großer Wirtschaftsverband warnt jedoch vor den Folgen: Schon ein solcher Schattenpreis „hätte eine starke Belastung für die öffentlichen Haushalte zur Folge“, hieß es auf Nachfrage. „Wie hoch die Kosten dafür sind und wie eine Gegenfinanzierung dafür aussehen soll, die von der lokalen bis zur Bundesebene reichen müsste, ist aber völlig unklar.“

[https://www.welt.de/wirtschaft/plus233280385/Klimaschutz-Der-CO₂-Schattenpreis-droht-den-Staat-lahmzulegen.html](https://www.welt.de/wirtschaft/plus233280385/Klimaschutz-Der-CO2-Schattenpreis-droht-den-Staat-lahmzulegen.html)